



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/241 - 25. Oktober 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Selbstkontrolle auf Gegenseitigkeit</u> Wie die CDU/CSU-Fraktion ihre Mitglieder auf Vordermann bringen will Von Wolfgang Jansen	64
3 - 4	<u>Selbstherrlich und intolerant</u> Dokumentation gegen einen CDU-Kultusminister	95
5	<u>Unentschuldbare Nachlässigkeit</u> Malaria-Stechmücke noch unbesiegt	49
6	<u>Missbrauch von Steuergeldern</u> Feinliches aus der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise"	26
6	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> <u>Mechaniker statt Scharfrichter</u>	21

* * *
* *

Selbstkontrolle auf Gegenseitigkeit

Von Wolfgang Jansen

Die Erleichterung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP darüber, dass dank der Fallfähigkeit des Freidemokratischen Fraktionsvorsitzenden und eines Teils seiner Anhänger der Koalitions-Kuhhandel sich seinem unrühmlichen Ende nähert, wird von einer tiefen Sorge überschattet. Werden die Mannen in den Fraktionen, so fragt man sich in Bonn, bei geheimer Abstimmung billigen, was die Vorsitzenden und ihre Assistenten ausgehandelt haben? Was kann man tun, um auch bei verdeckten Stimmzetteln des Wahlerfolges für Konrad Adenauer sicher zu sein?

So gibt es in Bonn gewichtige Stimmen, die mit einem moralischen Appell an die Bundestagsabgeordneten darlegen, sie dürften bei der Kanzlerwahl nicht von der Koalitionsfahne weichen, soweit sie dies nicht zuvor laut und vernehmlich angekündigt haben. Kritisch sei hier angemerkt, dass es gerade der Sinn einer geheimen Wahl ist, dass die Abgeordneten ihren Gewissen gemäß stimmen dürfen, ohne dies aller Öffentlichkeit bekanntzugeben. Gerade der Wortlaut des Grundgesetzes - "Wahl ohne Aussprache" - weist vielmehr darauf hin, dass ein öffentliches Bekenntnis der Abgeordneten zum Mann ihrer Wahl oder Nichtwahl keineswegs gewollt ist.

Dies also werden sich auch die Abgeordneten jenen gut gemeinten Appell gegenüber sagen. Und darum vermag er die Sorgen in den Fraktionshauptquartieren nicht zu bannen.

Wieviel - so wird man sich dort fragen - wieviel FDP-Abgeordnete wählen Adenauer? Dr. Mende hat die letzte Fraktionsabstimmung streng geheim gehalten - was nicht für einen überwältigenden Sieg seiner Richtung spricht. Wenn er überhaupt eine Mehrheit am vergangenen Freitag erhalten hat, so dürfte sie jedenfalls sehr knapp gewesen sein, und man kann wohl davon ausgehen, dass etwa die Hälfte seiner restlichen 66 Fraktionsmitglieder gegen Adenauer votiert hat. Die rechnerisch voraussehbare Zahl von 67 plus 241 gleich 308 Adenauer-Stimmen reduziert sich somit schon auf 275.

Aber auch in der anderen grossen Fraktion, in der CDU/CSU, dürfte nicht nur Dr. Eucerus gegen Adenauer stimmen. Gar zu viele sehen ein, dass man dem Notstand unseres Volkes nicht mit Ministerschacher und Rechenkunststücken beikommen kann und wünschen sich ein bisschen mehr nationale Verantwortung. Andere wieder sind erbittert, dass Adenauer nach wie vor den erklärten Willen seiner Fraktion zu umgehen trachtet, Erhard zum Kronprinz zu benennen, was ja zu ziemlich unerquicklichen Auseinandersetzungen in der Fraktionssitzung der letzten Woche geführt hat. Wieder andere schliesslich tragen Adenauer sein Versagen nach dem 13. August nach und befürchten Schlimmes bei etwa auftretenden weiteren Notlagen unseres Volkes. Kurzum: Dass etwa weitere 26 oder mehr CDU/CSU-Abgeordnete wenn schon nicht mit Nein, so doch mit Stimmenthaltung reagieren, ist keineswegs unwahrscheinlich. Dann aber wäre die notwendige Mehrheit von 250 Stimmen nicht erreicht.

Und das ist die Sorge in den Fraktionssekretariaten, wo man an einem Plan herumbastelt, um dieser Gefahr zu entkommen: Zwar soll mit verdeckter Stimmzetteln gewählt werden, jeder soll sie jedoch vorher seinem Nachbarn zeigen und so jeweils einen Mitwisser bei der Stimmabgabe haben.

Das sei, so wird man scheinheilig argumentieren, durchaus zum Wohle jedes einzelnen Abgeordneten, könne er doch nicht in falschen Verdacht geraten, falls es der rechnerischen Mehrheit für den Bundeskanzler ermangele.

Derartige fraktionsinterne Ausreden werden allerdings nicht die Latsche verschleiern können, dass die CDU/CSU eine wirklich geheime Abstimmung nicht hat riskieren können. Mehr noch als die immerhin mit Gewissensgründen motivierte Zerrissenheit der FDP-Fraktion bezeugen die Absichten der Christdemokraten für eine gegenseitige Selbstkontrolle ihrer Abgeordneten, wie wackelig der Koalitionsbau schon beim Richtfest ist.

Glücklicherweise hat der Plenarsaal Tribünen und man wird also sehr genau sehen können, ob ein Rest von Selbstachtung die CDU/CSU-Fraktionsführung veranlasste, ihre Selbstkontroll-Pläne noch rechtzeitig wieder in die Schublade zu stecken.

Selbstherrlich und intolerant

L. Sch. - Mainz

Die selbtherrliche und intolerante Amtsführung des rheinland-pfälzischen Ministers für Unterricht und Kultus, Dr. Eduard Orth (CDU), hat die Geduld der Lehrerschaft nun endgültig überfordert. Der Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat in einer Sondernummer seiner "Westdeutschen Schulzeitung" eine bemerkenswerte Dokumentation über die Missachtung selbstverständlicher Rechte durch dieses Mitglied des CDU/FDP-Kabinetts vorgelegt. Sie ist dazu bestimmt, die Lehrer und die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz über Vorgänge zu unterrichten, die nach Auffassung der GEW mit den Grundsätzen demokratischer Staatsführung nicht vereinbar sind.

In den wiedergegebenen Äusserungen des CDU-Ministers, der seit Jahren eine fortschrittliche Gestaltung des Schulwesens zwischen Rhein, Saar und Mosel mit vorgestrigen Vorstellungen und einem massiven Korruptionstreiben bremst, dokumentiert sich ein politischer Stil, der eine Stellungnahme des Landtages dringend erheischt.

Brüskierende Behandlung

In einer seiner schönfärberischen Sonntagsreden hatte Dr. Orth z.B. im April 1960 in einer Feierstunde der Lehrgewerkschaft versichert, er werde künftig Schulprobleme rechtzeitig mit den Vertretern der GEW besprechen. Die ministerielle Werktagspraxis sieht allerdings wesentlich anders aus:

"Es muss festgestellt werden, dass bis heute (Anfang Oktober 1961) nicht ein einziges Mal vom Kultusminister oder seinem Ministerium eine Einladung zur Besprechung von Schulproblemen an den Verband gerichtet worden ist. Das Kultusministerium hat von sich aus auch nicht ein einziges Mal die GEW aufgefordert, zu einer geplanten Massnahme schriftlich Stellung zu nehmen. Die an das Ministerium gerichteten Bitten um die Möglichkeit zur Erörterung bestimmter Probleme blieben unbeachtet oder wurden abschlägig beschieden."

So heisst es wörtlich in der Dokumentation.

Anhand eines umfangreichen Schriftwechsels wird der Beweis dafür in alarmierender Deutlichkeit erbracht. Weder in Besoldungsfragen, noch zum Problem der Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen, also der Lehrerbildungsstätten, geschweige denn bei der Ausarbeitung von Richtlinien für den Bau von Volksschulen in Rheinland-Pfalz wurden GEW-Vertreter hinzugezogen. Ihr wiederholtes Ersuchen, zu diesen bedeutsamen schulpolitischen Massnahmen gehört zu werden, wurde mit offener Ablehnung, Ausflüchten oder Hinweisen auf "Terminschwierigkeiten" des Ministers beantwortet. Dieselbe brüskierende und undemokratische Behandlung hat auch der Hauptpersonalrat für die staatlichen Lehrer an den rheinland-pfälzischen Volksschulen erfahren. An keiner der Besprechungen, die laut Gesetz vierteljährlich zwischen dem Leiter der Dienststelle und diesem Gremium stattfinden sollen, hat der Kultusminister bisher persönlich teilgenommen. Der Hauptpersonalrat hat sich jetzt veranlasst gesehen, seine Mitwirkungsrechte gerichtlich feststellen zu lassen. Er

hat u.a. beim Bezirksverwaltungsgericht der Pfalz ein Beschlussverfahren beantragt, in dem die Verpflichtung des Mainzer Kultusministeriums festgestellt werden soll, den Entwurf für Baurichtlinien für Volksschulen mit dem Hauptpersonalrat zu erörtern.

Ungerechtfertigte Angriffe

Gerade in dieser Angelegenheit ist durch eine Veröffentlichung in der "Staatszeitung Rheinland-Pfalz" einwandfrei bewiesen, dass ausser den Vertretern der Lehrerschaft alle in Frage kommenden Fachkreise, vom Architekten bis zum Hygieniker, zu Rate gezogen worden sind.

Woher der Wind weht und wes Geistes Kind die Arroganz und Missachtung des Kultusministers gegenüber der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist, hat der Wahlkämpfer Dr. Orth offenbart. Er richtete vor dem 17. September öffentlich heftige Angriffe gegen den Lehrerverband und suchte ihn als sozialistische Institution abzustempeln. Diese unqualifizierte Attacke macht deutlich, dass dieser allen Bürgern von Rheinland-Pfalz verantwortliche Minister nur politischen Freunden ein Anhörungsrecht vor gewichtigen sachlichen Entscheidungen einzuräumen gedenkt. Das Institut für Staatsbürgerliche Erziehung in Mainz hätte an Dr. Orth offensichtlich noch eine lohnende Aufgabe zu erfüllen.

Obwohl sich diese von Gegnern seiner Kultur- und Schulpolitik gelegentlich als "Rückschrittsminister" zitierte Mitglied des Mainzer Kabinetts kaum Mühe gibt, seine Abneigung gegen den grössten Lehrerverband in Rheinland-Pfalz zu verbergen, sah sich Ministerpräsident Dr. h.c. Peter Altmeier offenbar noch nicht veranlasst, seinem Parteifreund wenigstens unter vier Augen eine Nachhilfestunde in demokratischer Amtsführung zu erteilen. Obwohl dieser gleiche Ministerpräsident bei wiederholten offiziellen Anlässen die Anhörung der Verbände als "selbstverständliche Verwaltungspraxis" bezeichnet hat, liess er einen Brief des Lehrerverbandes, in dem am 27. September 1960 um eine Vorsprachemöglichkeit vor der Novellierung des Landesbesoldungsgesetzes ersucht worden war, bis zum heutigen Tag unbeantwortet.

Lehrergewerkschaft zieht Folgerungen

Aus dieser Missachtung elementarer demokratischer Spielregeln durch die Mainzer Landesregierung hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nun die einzig mögliche Konsequenz gezogen: ihr Vorstand hat beschlossen, eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses zwischen dem rheinland-pfälzischen Kultusministerium und dem Lehrerverband herbeizuführen. In einem Schreiben an den Kultusminister hat der Verband auch darauf verzichtet, achtzehn (!) Monate nach einer entsprechenden Ersuchen von der jetzt erwiesenen "Huld" des Dr. Orth Gebrauch zu machen, sich die Mitglieder des GEM-Landesvorstandes für Rheinland-Pfalz einmal persönlich vorstellen zu lassen.

Die vorliegende Dokumentation, die sicherlich Anlass zu parlamentarischen Schritten sein wird, enthüllt einmal mehr den politischen Stil, den die CDU seit Jahr und Tag überall dort bis zur Intoleranz praktiziert, wo ihr eine absolute Mehrheit oder ein Koalitionspartner ohne Rückgrat beschieden ist.

Unentschuldbare Nachlässigkeit

B.K. Ein Steward einer großen französischen Fluggesellschaft ist kürzlich, wie die französische Presse meldete, der Malaria erlegen, mit der er in Afrika infiziert worden war. Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt, daß im Verlaufe eines einzigen Jahres 30 Mitglieder von Flugzeugbesatzungen der gleichen Gesellschaft an Malaria erkrankt sind!

"Die besonderen Umstände des Todes eines einzigen Menschen bringen der öffentlichen Meinung brutal zum Bewußtsein, daß die gefährliche Malaria noch keineswegs besiegt ist", erklärte dazu Dr. Carlos Alvarado, Direktor der Malaria-Abteilung der Weltgesundheitsorganisation. Noch heute leiden etwa 140 Länder und Territorien mit einer Milliarde Einwohnern unter dem gefürchteten und lähmenden Sumpffieber, dem in der Vergangenheit schon manche blühende Kultur zum Opfer gefallen ist. Die Zahl der Malariaerkrankten wird auf gegenwärtig 150 Millionen geschätzt, und jährlich rafft die Infektion etwa eine Million Menschen, in erster Linie Kinder und Jugendliche, dahin.

Dieser Zustand ist nicht nur bedauerlich, sondern empörend, da die Menschheit durchaus über die Mittel verfügt, um dieser jahrtausendealten Plage ein Ende zu setzen. Aber solange sich die Bekämpfung der Malaria auf einzelne Länder beschränkt, ist ein dauernder Erfolg ausgeschlossen. Jeden Augenblick kann die Krankheit erneut eingeschleppt werden. "Der weltweite Feldzug gegen die Malaria kann erst dann eingestellt werden", sagt Dr. Alvarado, "wenn der letzte Malariafall entdeckt und ausgeremmt ist". Das ist durchaus möglich. Medizin und Technik halten alle nötigen Hilfsmittel bereit. Ob der unglückliche Zwischenfall mit dem französischen Steward die Verantwortlichen eher an ihre Pflicht erinnert als der Tod einer Million "Farbiger"?

Die Malaria wird bekanntlich von der Anopheles-Stechmücke übertragen. Die Bekämpfung der Krankheit besteht deshalb erstens darin, die Stechmücke daran zu hindern, weiterhin ihre verhängnisvolle Vermittlerrolle zwischen Kranken und Gesunden zu spielen, und zweitens die Kranken zu heilen, damit die Stechmücken kein infiziertes Blut mehr aufnehmen können. In den Malaria-gebieten werden im Innern der Häuser und Hütten in regelmäßigen Abständen Insektenvertilgungsmittel zerstäubt, bis die Bewohner entweder auf natürliche Weise oder mit Hilfe von Medikamenten infektionsfrei geworden sind. Diese Methode ist nur dann erfolgreich, wenn jede Neuinfizierung gesäubertem Gebiete verhindert werden kann. Darum darf die Bekämpfung der Malaria auch nicht auf einzelne Länder beschränkt bleiben, wie das heute noch teilweise der Fall ist. Sie muß auf ganze Kontinente ausgedehnt werden. Das aber erfordert viel Geld und Entschlossenheit!

Dr. Alvarado weist jedoch darauf hin, daß heute wirksame Medikamente vorhanden sind, die Reisende in tropischen Gebieten zu schützen vermögen. Diese Mittel müssen während des ganzen Aufenthaltes in den Tropen und auch noch einige Zeit nachher eingenommen werden. Der Tod des französischen Stewards und die Erkrankung weiterer Besatzungsmitglieder sind ganz einfach das Ergebnis unentschuldbarer Nachlässigkeit. Die Fluggesellschaften müssen gewissenhaft darüber wachen, daß sich Besatzungsmitglieder und Passagiere der vorbeugenden Behandlung unterziehen. Auch die Ärzte in malariefreien Ländern werden aufgefordert, stark fiebernde Patienten, die aus Tropengebieten zurückkehren, auf Malaria zu untersuchen.

Missbrauch von Steuergeldern

sp - Die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise", eine aus dem Reptilienfonds gespeiste CDU/CSU-Farnorganisation, hat schon öfter durch ihre Tätigkeit unliebsame Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erragt. Sie ist ein reichlich dotiertes Instrument der Regierungspropaganda und vor allem zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bestimmt. Gelegentlich wird das Dunkel erhellt, mit dem sich diese Organisation umhüllt. Die Betroffenen stehen dann, gelinde gesagt, nicht gerade im günstigen Lichte da, wie etwa der CSU-Landrat Sackmann, Vorsitzender des bayerischen Zweiges der Arbeitsgemeinschaft und der langjährige Geschäftsführer und Landesbeauftragte Dr. Kaufmann. Der eine, Sackmann, hat dem anderen, Dr. Kaufmann, vorgeworfen, er habe "wiederholt beträchtliche Geldebeträge und Vereinsmittel vorübergehend für private Zwecke entnommen", worauf Kaufmann replizierte, er habe sich im Vorstand dagegen gewandt, dass die aus dem Bundeshaushalt, das heisst aus Steuermitteln, zur Verfügung gestellten Gelder "für parteipolitische Zwecke missbraucht werden". Er belegte dies mit dem schwerwiegenden Vorwurf, eine von ihm, Kaufmann vor der Bundestagswahl vorgeschlagene Aktion gegen die Deutsche Friedensunion (Deutsche Freunde Ulbrichts) sei von dem Vorstand mit der Begründung abgelehnt worden, man erwarte sich von dieser Partei eine Schwächung der SPD.

Die ganze unliebsame Geschichte mit ihren schon die Grenze des Kriminellen streifenden Aspekten wird noch die Gerichte und den bayerischen Landtag beschäftigen. Viel schmutzige Wäsche dürfte da zum Vorschein kommen. Man braucht freilich nicht erst das Gerichtsurteil in diesem besonderen, durch persönliche Rivalitäten bekannt gewordenen Fall abzuwarten. Die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" gehört zu jenen von allgemeinen Steuermitteln ausgehaltenen Organisationen, deren zwielichtige Aktivität auch der vierte Deutsche Bundestag unter die Lupe nehmen sollte.

+ + +

Aus dem Zeitgeschehen:

Mechaniker statt Scharfrichter

Der Rechnungshof des amerikanischen Kongresses legte Mittwoch dem Präsidenten und dem Kongress einen Bericht über etwas vor, das man im Volkemund aller Länder einfach eine grosse Schweinerei nennen würde. Güter im Wert von 7,4 Millionen Dollar waren für die Streitkräfte in Europa bestellt und zum Teil schon über den Atlantik verfrachtet worden. Und erst im letzten Moment hatte man entdeckt, dass niemand diese Güter angefordert hatte und dass sie völlig überflüssig waren. Ein grosser Teil der Bestellungen konnte nicht mehr retourniert werden. Unsummen an Frachtgeldern gingen verloren: 7,4 Millionen Dollar sind schliesslich fast 200 Millionen Schilling.

In der Sowjetunion oder einem ihrer Satellitenstaaten würde in solch einem Fall der Verantwortliche sofort in einem Prozess gestehen, dass er im Auftrag einer kapitalistischen Spionageorganisation den Staat schädigen wollte, und um eine harte Strafarbeit in Sibirien bitten. Selbst in einem gemütlichen Land wie Österreich gäbe es für den Verantwortlichen eine hochnotpeinliche Untersuchung mit Disziplinarfolgen. - Und was geschah in Amerika? Eine Elektrofirma wurde beauftragt, einen Mechaniker in das Amt der Nachschuborganisation zu schicken, um einige Drähte umzuschalten. Denn der Verantwortliche war eine elektronische Rechenmaschine, die durch eine falsche Schaltung den Fehlauftrag erteilt hatte. (Entnommen der "Wiener Arbeiterzeitung")

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler